

IN DIESER AUSGABE

Kurzmeldungen

Seite 1

Die Quadratur des Kreises

Seite 7

Romantische Klima-Träume

Seite 8

VÖNIX

Seite 10

Allianz InvestFlex Green

Seite 12



KURZMELDUNGEN

Zurich hat ehrgeizige Ziele

Carsten Schildknecht, Deutschlandchef der Zurich, hat ehrgeizige Ziele. Nach seinen Aussagen soll der Versicherer „eines der verantwortungsvollsten und nachhaltigsten Unternehmen weltweit werden. Dazu wird unser globales Investmentportfolio bis 2050 CO2-neutral sein“. Zum Lebensversicherer erklärte er: „Im ersten Quartal war im Neugeschäft mit Fondspolizen bereits ein Drittel ESG-konform. Was Zurich Deutscher Herold Lebensversicherung als Investor betrifft, liegen bereits 50 Prozent der Bilanz ESG-Auswahlkriterien zugrunde. 3,6 Prozent der Assets sind Impact Investments. Im Leben-Segment werden wir den Wünschen unserer Kunden nachkommen und den Anteil nachhaltiger Anlagen deutlich erhöhen“. Im Hinblick auf die versicherten Risiken der Zurich und die Investitionen erläuterte Schildknecht: Die Zurich investiere „nicht mehr in Unternehmen, die erkennbar nicht bereit sind, ihren CO2-Fußabdruck zu reduzieren oder zum Beispiel mehr als 30 Prozent ihres Stroms aus Kohleverbrennung beziehen. Grundsätzlich liegt unser Fokus aber nicht auf Ausschluss oder Verbote, sondern auf Anreize und Unterstützung für Unternehmen auf ihrem Weg zur Klimaneutralität.“ Wenn man an die eine oder andere deutsche Partei denkt, die glaubt, Klimaziele ausschließlich mit Hilfe von Verboten und höheren Steuern erreichen zu können, kann man den Ansatz der

Zurich nur begrüßen. Mehr Nachhaltigkeit erfordert nämlich zu allererst ein Umdenken bei den Menschen und das lässt sich erfahrungsgemäß mit Anreizen eher erreichen als mit Verboten.

Condor Anlagestrategie BlueMix

Die Condor Lebensversicherungs-AG hat für die fondsgebundene Rentenversicherung unter der Bezeichnung BlueMix eine Anlagestrategie mit nachhaltigen Fonds eingeführt. BlueMix investiert in mehrere nachhaltige Fonds, die von Scope Analysis, einem Anbieter von Fondsbewertungen, ausgewählt werden. Im Portfolio sind sechs Aktienfonds und vier Rentenfonds. Diese Fonds werden zu vier Anlagestrategien kombiniert: BlueMix offensiv (Aktienquote 100%), BlueMix dynamisch (Aktienquote 80%), BlueMix ausgewogen (Aktienquote 60%) und BlueMix defensiv (Aktienquote 40%). Die Fonds werden von Scope laufende überwacht und bei Bedarf auch ausgetauscht.

BNP erweitert Angebot an nachhaltigen ETFs

BNP Paribas Asset Management hat mit dem thematischen Indexfonds BNP Paribas Easy Low Carbon 300 World PAB UCITS ETF einen weiteren nachhaltigen Indexfonds aufgelegt. Der neue Fonds setzt auf ein weltweites Anlageuniversum und bildet den von Euronext berechneten Low Carbon 300 World PAB Index ab. Er umfasst 300 Unternehmen, die nach einem Best-In-Class-Ansatz ausgewählt wurden. Aus jeder Branche werden die Unternehmen selektiert, die auf dem Gebiet der CO₂-Emissionen die besten Werte aufweisen. Von diesen 300 Werten umfasst der Index einen 15%igen Anteil, der in "grüne" Unternehmen investiert wird. Diese werden von einem Expertenausschuss ausgewählt. Ihr Umsatz muss mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien oder der Entwicklung kohlenstoffarmer Technologien bestehen. „Wir bauen unser Angebot an kohlenstoffarmen ETFs weiter aus. Im Bereich „Responsible Index Management“ (SRI oder ESG) sind insgesamt 11,2 Mrd. EUR investiert,“ erläuterte Claus Hecher, Head of Business Development für ETF und Indexlösungen.

Zielerreichung unklar

Das kürzlich vom Bundestag verabschiedete neue Klimaschutzgesetz sieht für Deutschland ehrgeizige Ziele vor. Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral sein. Kerstin Andreae, Chefin des Energieverbandes BDEW, erklärte: „Für das höhere CO₂-Einsparziel ist ein Anteil von mindestens 70% erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung erforderlich.“ Kritiker

dieser ambitionierten Ziele halten jedoch derzeit die erneuerbaren Energien für unzuverlässig, insbesondere in sog. Dunkelflauten. Für diese Fälle müssten regelbare Kraftwerke mit atomaren oder fossilen Energieträgern vorgehalten werden. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wuchs der Stromverbrauch um 5,2% auf 285 Milliarden kWh, davon entfielen alleine 170 Mrd. kWh auf konventionelle Energieträger. Die erneuerbaren Energien müssten also in Zukunft schon ganz erheblich zulegen. Frithjof Staiß, Vorstand des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), wies denn auch darauf hin, dass noch unklar sei, wie die zur Erreichung der Klimaziele erforderliche Verdoppelung des Photovoltaik-Zubaus bzw. die Verdreifachung der Windkraftanlagen an Land erreicht werden sollen. Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, ob die vielen Milliarden, die derzeit in die Energiewende fließen, überhaupt sinnvoll ausgegeben werden?

Viel Aufklärungsarbeit für ESG-Investments

Nach einer Umfrage des Berliner Marktforschungsinstituts Civey im Auftrag der Hamburger Privatbank M.M. Warburg & Co ist das Wissen um nachhaltige Geldanlagen bisher erst mäßig ausgeprägt. Jeder zweite Deutsche hat bisher noch nicht in nachhaltige Anlagen investiert. Mehr als ein Drittel hat auch keine Kenntnisse über derartige Investments. Immerhin knapp 30% wollen auch gar nicht darin investieren. „Die Umfrage macht deutlich, dass die Kundenberater noch sehr viel Aufklärungsarbeit leisten müssen, um den Anlegern die Vorteile von ESG-Investments zu vermitteln“, resümierte Klaus Sojer, Leiter Private Banking Süd bei Warburg.

Noch mehr ESG-Kriterien?

Nachhaltigkeit wird für Anleger und Investoren immer wichtiger und die Geldzuflüsse in ESG-Fonds haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Allerdings gibt es bisher keine einheitliche Definition dessen, was Nachhaltigkeit überhaupt ist. Zuletzt hatte daher die Bundesregierung die Einführung einer sog. Nachhaltigkeitsampel angekündigt. Daneben versucht die EU bereits seit Jahren eine Taxonomie für die Kriterien E, S und G zu entwickeln. Schließlich wetteifern privatwirtschaftliche Unternehmen um die Erstellung des „nachhaltigsten Nachhaltigkeitsratings“. Nun will die internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) Vermögensverwalter strenger kontrollieren, um Etikettenschwindel bzw. sog. „Greenwashing“ bei vermeintlich nachhaltigen Investments zu verhindern. Die Aufseher befürchten, dass die Standards für Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung bei Geldanlagen

weder verlässlich noch vergleichbar sind. Nun will die IOSCO die Branche auffordern, sich auf einheitliche Kriterien zu verständigen. Die Idee dahinter ist sicher sinnvoll, allerdings stellt sich schon die Frage, wie viele unterschiedliche Institutionen sich noch mit der Definition von ESG-Kriterien befassen sollen. Gerade im Hinblick auf die mit dem „Green Deal“ der EU verbundenen Billionen-Euro-Ströme wäre es eigentlich die vorrangigste Aufgabe der EU, hier auch verbindliche Kriterien nachvollziehbar festzulegen. Möglicherweise ist die EU ja auch beim Setzen hehrer Ziele erfolgreicher als bei deren Umsetzung?

Die meisten ESG-Fonds nur Placebos?

Können nachhaltige Fonds wirklich helfen, die Welt zu verbessern? Das ist eine Frage, über die Befürworter und Kritiker genauso lange wie ergebnislos diskutieren können. Eine Studie der Universität Zürich gibt nun eine ernüchternde Antwort. Demnach würden die beeindruckenden Summen, die in nachhaltige Anlagen fließen, kaum dazu beitragen, die globalen Umweltprobleme zu lösen. Falko Paetzold, Co-Autor der Studie und Professor an der Universität Zürich sagte: „Die Produkte geben den Käufern ein gutes Gefühl und beruhigen ihr Gewissen. Doch ein großer Teil davon schafft es nicht, eine messbare Veränderung herbeizuführen.“ Den Grund hierfür sieht er vor allem in fehlenden Standards. „Viele Fonds begnügen sich damit, aus besonders umstrittenen Branchen wie Waffen- oder Tabak auszusteigen“. Der Nutzen für die Umwelt sei jedoch eher gering. Auch ESG-Ratings tragen nach Meinung von Analyst Daniel Welter wenig zur Orientierung bei: „Zwischen den Ratings besteht kein messbarer Zusammenhang. In den meisten Fällen weichen die Bewertungen stark voneinander ab.“ So bekäme bspw. der Pharmakonzern Roche von S&P Spitzennoten, während Morningstar ihn im unteren Drittel des Rankings sieht. Zur Zeit seien die verfügbaren Informationen kaum hilfreich, um zu erkennen, welche Anlagen wirklich nachhaltig sind und welche nur einen grünen Anstrich bekommen haben. Als Beispiel wird ein Themenfonds für saubere Energie einer Schweizer Bank genannt. Dieser schneide ausgerechnet beim CO₂-Ausstoß besonders schlecht ab. Daher fordert Paetzold: „Wir müssen für jede Investition den Impact prüfen – also die messbare Wirkung auf die Wirtschaft. Das verlangt von den Anlegern, dass sie direkt Einfluss auf die Entscheidungen in den Unternehmen nehmen.“

Der Rahmen muss stimmen

Im Rahmen ihres „Fit-for-55“-Klimapakets hat die EU-Kommission u. a. die Vorgaben für die Automobilindustrie präzisiert. Demnach fordert Kommissionsvizepräsident Frans Timmer-

manns, dass Neuwagen im Jahr 2030 60% weniger CO₂ ausstoßen müssen und im Jahr 2035 sollen es dann 100% sein. Zwar würden diese Ziele vermutlich das Aus für den Verbrennungsmotor bedeuten, dennoch hält sich der Widerstand der Automobilhersteller in überschaubaren Grenzen. Im Gegensatz zur Politik hat die Kfz-Branche aber erkannt, dass die vor allem von Brüssel und Berlin propagierte Elektromobilität nur bedingt die Lösung der Probleme sein kann. So sagte BMW-Chef und Präsident des europäischen Autoverbands ACEA, Oliver Zipse: „Der Rahmen muss stimmen.“ und meint damit vor allem die benötigte Ladeinfrastruktur. Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), stellte dazu ernüchternd fest: „Eine europäische Infrastruktur ist nicht vorhanden, der flächendeckende Ausbau liegt leider in weiter Ferne.“ Vor allem Deutschland hinke hinterher. Um Vertrauen in die Elektromobilität zu schaffen müsse zudem sichergestellt werden, dass der Strom für die Fahrzeuge auch tatsächlich aus erneuerbaren Quellen stammt.

Alles auf grün

Nach der EU-Kommission und der EZB soll nun auch die Europäische Finanzaufsicht grün werden. Die Kommission will die europäische Finanzmarktregulierung stärker an Klimaschutzkriterien ausrichten. Nach einem Entwurf einer Kommissionmitteilung sollen Unternehmen belohnt werden, die zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen. Unternehmen, die klimaschädlich agieren, sollen bestraft werden. Das erklärte Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness. Betrachtet man die 17 sog. Sustainable Development Goals der UN, dann ist die Bekämpfung des Klimawandels genau eines von insgesamt 17 Zielen, die nachhaltiges Wirtschaften auszeichnen. Eine derartig starke Fokussierung auf den Klimawandel könnte man also durchaus als insgesamt wenig nachhaltig bezeichnen. Mal abgesehen davon, erscheint auch der Begriff „Kampf gegen“ sehr martialisch. Der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber sieht jedoch ein ganz anders und wahrscheinlich viel ernsteres Problem. Es sei „hoch problematisch“, dass die Kommission das EU-Finanzaufsichtsrecht auf „Nachhaltigkeit umpolen“ wolle. „Wenn Anleger den Eindruck bekommen, dass bei grünen Finanzprodukten das Risikomanagement hintenanstehen muss, ist der Sache ein Bärendienst erwiesen.“ In diesem Zusammenhang sei bspw. auf die spektakuläre Pleite der Solarworld AG, die von dem Grünen-Mitgründer Frank Asbeck geführt wurde, hingewiesen. Der deutsche Fondsverband BVI erklärte dazu: „Auch in nachhaltigen Positionen in Kredit- und Anlageportfolios können finanzielle Risiken stecken. Nachhaltige Positionen pauschal durch niedrigere Eigenkapitalanforderungen zu begünstigen, erzeugt möglicherweise Klumpenrisiken.“

1. Kongress der Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung

Am 29. Juli dieses Jahres hat der erste (Online-) Kongress der Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung stattgefunden. Die Resonanz auf dieses Veranstaltungsformat war sehr groß. So konnten die Organisatoren von infinma weit über 400 Anmeldungen verzeichnen. Die Tagesordnung war prall gefüllt und auf die Teilnehmer warteten insgesamt 8 Vorträge der Mitgliedsunternehmen und 3 Vorträge von externen Referenten. Neben Prof. Dr. Christian Klein vom Lehrstuhl für Sustainable Finance der Universität Kassel referierten Silke Stremmlau, Vorständin der Hannoverschen Kassen und Co-Vorsitzende des Sustainable Finance Beirats der Bundesregierung, und Dr. Michaela Willert von der GDV Stabsstelle Nachhaltigkeit. Interessenten finden die Präsentationen zu den einzelnen Vorträgen hier: <https://www.branchen-initiative.de/veranstaltungen/> Technische Unterstützung bekam die Initiative von Standard Life; welche die Veranstaltungstechnik zur Verfügung stellte.

BWV Berlin-Brandenburg startet neuen Bachelorstudiengang

Das Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft in Berlin-Brandenburg (BWV) e.V. startet am 10. September dieses Jahres einen neu gestalten Bachelorstudiengang Insurance Management mit dem Schwerpunkt Vertrieb und Nachhaltigkeit. Zielgruppe sind Fach- und Führungskräfte aus Versicherungs- und Vermittlungsunternehmen. Der Studiengang widmet sich u. a. der Frage, wie ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit im Versicherungsvertrieb umgesetzt werden kann. Module des Studiengangs sind bspw. Sustainable Insurance, Nachhaltigkeitsmanagement, Sustainable brand positioning, Sustainable Finance, Diversity Management, Nachhaltigkeitsberichtswesen und Rechtliche Aspekte im Kontext der Nachhaltigkeit.

IMPRESSUM

BINL news 6 / 2021

Herausgeber:

Branchen-Initiative Nachhaltigkeit in der Lebensversicherung

infinma Institut für Finanz-Markt-Analyse GmbH | Max-Planck-Str. 38 | 50858 Köln

Tel.: 0 22 34 – 9 33 69 – 0 | Fax: 0 22 34 – 9 33 69 – 79 | E-Mail: info@infinma.de

Redaktion: Marc C. Glissmann, Dr. Jörg Schulz

Bildquellen: Photo by Boxed Water is better on [Unsplash](https://unsplash.com/)

Die Quadratur des Kreises

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat eine neue Prognose über den Stromverbrauch für das Jahr 2030 vorgelegt. Grundlage ist eine bei der Prognos AG in Auftrag gegebene neue Analyse. Demnach würden zwischen 645 und 665 Terrawattstunden (TWh) benötigt. Noch Anfang 2020 hatte Prognos einen Bedarf von 590 TWh ermittelt, die Bundesregierung war von 580 TWh ausgegangen. Der Branchenverband BDEW prognostizierte 700 TWh.

Es ist schon erstaunlich, dass sich ausgerechnet das Wirtschaftsministerium nun korrigieren muss. Schließlich fördert es seit längerem den Absatz von E-Autos jährlich mit Milliardenbeträgen, und wenn diese Autos dann auch tatsächlich fahren sollen, benötigen sie halt Strom. Umso mehr E-Autos zugelassen werden, umso mehr Strom wird benötigt. Der wiederum kommt immer noch nicht einfach aus der Steckdose und wird auch nicht von Kobolden in Batterien erzeugt. Aber der findige Wirtschaftsminister hat die Lösung schon parat: Verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien, sprich mehr Wind- und Solaranlagen.

Allerdings ist dies nur sehr bedingt Ziel führend. Da die Problematik der fehlenden Grundlastfähigkeit von alternativen Energiequellen noch nicht gelöst ist, wird zur Sicherstellung der Stromversorgung eine Backup-Lösung benötigt, die dann greift, wenn gerade mal kein Wind weht und / oder die Sonne nicht scheint. Das sind in i.d.R. Kohlekraftwerke, die bei Bedarf kurzfristig zugeschaltet werden können. Es kann aber durchaus auch importierter Atomstrom aus Frankreich sein. Egal wie hoch der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix auch ist, die übrigen Energiequellen werden in absehbarer Zeit nicht verschwinden. Vielmehr wird deren Anteil vermutlich sogar wieder größer werden müssen, wenn der gesamte Strombedarf ansteigt.

Die Problematik dürfte sich noch dadurch verstärken, dass die o. g. Prognosen vermutlich allesamt zu konservativ sind. Vor allem die von nahezu allen Politikern propagierte forcierte Digitalisierung wird neben der E-Mobilität den Strombedarf weiter in die Höhe treiben.

Wir fördern also mit Milliarden-Beträgen die E-Mobilität, weil dadurch der CO₂-Ausstoss im Verkehrssektor reduziert werden soll. Gleichzeitig benötigen wir jedoch mehr konventionelle / fossile Energieträger zumindest als Backup-Lösung, um bei steigendem Strombedarf vor einem Black-Out geschützt zu sein. Die Reduzierung des CO₂-Ausstosses mit Hilfe von stark forcierter Elektromobilität zu erreichen, kommt also quasi der Quadratur des Kreises gleich. Vielleicht ist ja das Wirtschaftsministerium auch zufrieden, wenn der CO₂-Ausstoss in Deutschland reduziert wird und die Kohlekraftwerke dann eben in Polen oder Tschechien stehen?

Romantische Klima-Träume

In einem Artikel auf FOCUS ONLINE hat sich Gabor Steingart, ehemaliger Leiter des Hauptstadtbüros des Spiegels, kritisch mit der Klimapolitik der deutschen Parteien auseinandergesetzt und kommt schon im ersten Satz zu einer deprimierenden Erkenntnis: „Ein nennenswerter Teil unserer Spitzenpolitiker wohnt im deutschen Romantik-Tal.“ So verspreche die SPD ein „klimaneutrales Deutschland“ und die Grünen behaupten: „Mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm führen wir unser Land auf den 1,5-Grad-Pfad“. Dazu äußerte sich Steingart so: „Man kann diese Aussagen ehrgeizig nennen. Oder auch naiv. Oder, falls hier doch Vorsatz im Spiel sein sollte, auch als Fall von politischer Hochstapelei.“

Sodann geht er darauf ein, dass Politiker zwar gerne ihre Nähe zur Wissenschaft betonen, in der Klimapolitik aber elementare Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft ignorieren. Dazu nennt er fünf Beispiele:

- 1) In Deutschland sollen die Menschen mit Hilfe von Anreizen in die alternativen Energien gedrängt werden. Gleichzeitig soll der Verbrauch fossiler Energien mit möglichst hohen Preisen belegt werden. Während also der Verbraucher (Nachfrager) mit Zuckerbrot und Peitsche behandelt wird, bleibt die Angebotsseite völlig außen vor. Konkret nennt Steingart: „Öl-Multis wie Saudi Aramco und National Iranian Oil Co., Gasimperien wie Gazprom und die hinter diesen Konzernen stehenden Staaten Saudi-Arabien, die Islamische Republik Iran und Putins Russland denken nicht daran, die ihnen gehörenden fossilen Bodenschätze zu versiegeln und ihre Geschäftsmodelle einzustampfen.“ So hat sich die OPEC gerade kürzlich auf eine Erhöhung der Ölproduktion geeinigt.
- 2) Gerne betonen in diesem Zusammenhang Politiker die Vorbildfunktion der EU. Es quasi die Prämisse von EU und EZB, dass es ausreichend viele Nachahmer dieser Klimapolitik gibt. Dies ist jedoch durchaus fraglich. Die Abkehr Europas von fossilen Brennstoffen dürfte mittel- bis langfristig zu einem Preisrückgang führen. Damit wird aber die Verwendung fossiler Brennstoffe für viele aufstrebende Länder erst richtig attraktiv. Insbesondere könnte die europäische Politik möglicherweise gar nicht zu einer Reduktion, sondern lediglich zu einer Verschiebung der Nachfrage führen. Übrigens: Seit dem Pariser Klimaschutzabkommen ist der Verbrauch fossiler Energien um 2,5% gestiegen.
- 3) Viele hoffen auch darauf, dass eine konsequente Klimapolitik in Europa die weltweite CO₂-Bilanz verbessern könnte. Auch dies könnte ein Irrtum sein. Während 1990 noch etwa ein Drittel der Klimagasemissionen aus den Ländern der EU inkl. Großbritannien stammte, wird der Anteil in Kürze bei unter 10% liegen. Allerdings erklärte Prof.

Clemens Fuest, Chef des info Instituts für Wirtschaftsforschung: „Man möchte gern glauben, dass der Rückgang der Emissionen, die von der EU verursacht werden, eine wünschenswerte Folge der EU-Klimapolitik ist. Tatsächlich ist es aber in erster Linie das Wachstum der Emissionen aus dem Rest der Welt, das den Anteil der EU schrumpfen lässt.“

- 4) Ein weiteres Argument zielt in Richtung Corona. Die weltweiten Lockdowns hätten gezeigt, wie gut, wichtig und wirkungsvoll Verzicht ist. Kleiner Haken bei der Sache: Im Lockdown sind die CO₂-Emission um 6,5% gefallen. Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen, wären jedoch bis 2030 jährlich 7,6% erforderlich. Ein noch knapp 10 Jahre anhaltender (weltweiter) Lockdown dürfte aber vermutlich selbst den Zero-Covid-Verfechtern zu weit gehen.
- 5) Auch der von den Politikern immer wieder in Aussicht gestellte Dekarbonisierungsschub aufgrund von Hilfspaketen und Konjunkturprogrammen ist bisher weitestgehend Inhalt von Reden geblieben. Global gesehen stehen für entsprechende Programme 13,6 Billionen Euro zur Verfügung. Davon fließen jedoch lediglich 380 Millionen bzw. weniger als 2,5% in saubere Energien. Der Green Deal der EU-Kommission gehört für Prof. Fuest daher auch „in den Bereich des politischen Marketing“.

Natürlich ist es keine Option, zukünftig auf einen aktiven Klimaschutz zu verzichten. Allerdings ist das Problem, wenn überhaupt, nur global zu lösen. Zudem scheint es in der Politik inzwischen eine fatale Entwicklung zu geben: Immer weniger Politiker scheinen in der Lage zu sein, in Zusammenhängen zu denken und bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, dass diese durchaus auch ambivalente Wechselwirkungen auslösen können. Wie gezeigt, erfordert zusätzlicher Strombedarf zusätzliche fossile Energie. Elementare volks- und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge sind vielen Politikern offensichtlich völlig fremd. Wahrscheinlich wäre es jetzt gemein, auf den hohen Anteil von Studienabbrechern in den Reihen der Parteien hinzuweisen. Das Fazit von Steingart fällt dementsprechend auch sehr deutlich aus: „Die deutsche Klimapolitik muss aus dem Irrgarten der Illusionen und Sehnsüchte befreit und in die Welt der Realpolitik überführt werden.“

Übrigens: Von echter Nachhaltigkeit sieht und hört man an vielen Stellen auch eher wenig. Die Sustainable Development Goals der UN und die sog. ESG-Kriterien scheinen für viele Politiker, aber auch Medienschaffende, immer noch ausschließlich aus dem E für Environmental zu bestehen. Gerade bei den oben genannten zweistelligen Billionen-Summen sollten zukünftig dringend S (Social)- und G (Governance)-Kriterien stärkere Berücksichtigung finden.

VÖNIX

Der VÖNIX VBV Österreichischer Nachhaltigkeitsindex wurde 2005 gestartet und ist die Nachhaltigkeitsbenchmark des österreichischen Aktienmarktes. Im Index gelistet werden die heimischen Unternehmen die im Hinblick auf ökologische und gesellschaftliche Aktivitäten und Leistungen führen sind. Partner des VÖNIX sind u. a. die VBV – Vorsorgekasse, die Raiffeisen Nachhaltigkeits-Initiative, die Security KAG sowie als technische Partner die rfu, verantwortlich für die Nachhaltigkeitsanalyse, und die Wiener Börse, zuständig für Indexmanagement, laufende Berechnung und Publikation.

Die 1997 gegründete rfu bezeichnet sich selber als Österreichs Spezialist für Nachhaltiges Investment. Sie unterstützt institutionelle Anleger bei der Integration von Umwelt- und Sozialkriterien in den Investmentprozess sowie mit Nachhaltigkeitsresearch auf Basis des rfu-Nachhaltigkeitsmodells. Die rfu ist für die laufende Nachhaltigkeitsanalyse und Index Composition des VÖNIX zuständig.

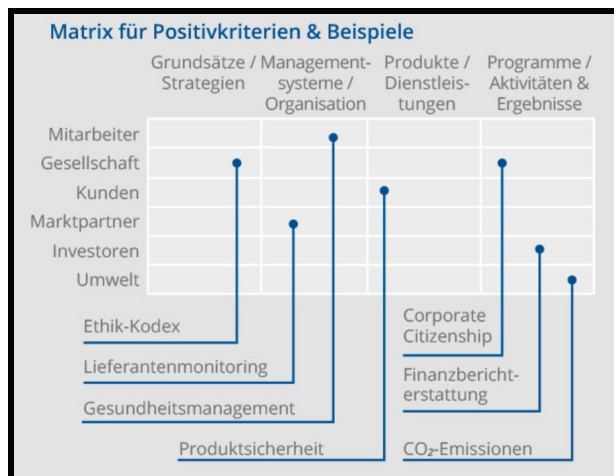
Die Security KAG, in den der Grazer Wechselseitigen Versicherungs AG eingebettete Kapitalanlagegesellschaft, verwendet einen auf finanzmathematischen Methoden basierenden Investmentansatz, der neben ökonomischen auch ökologisch/ethische Aspekte berücksichtigt. Als erste KAG Österreichs unterwarf sie sich dem Responsible Investment Standard (RIS).

Die Zusammensetzung des VÖNIX wird jeweils im Juni festgelegt und gilt dann für 1 Jahr. Die unternehmerische Nachhaltigkeit wird mit Hilfe eines komplexen Modells mit ökologischen und sozialen Ausschluss- und Positivkriterien ermittelt.

Sofern ein Unternehmen eines oder mehrere der folgenden Ausschlusskriterien verletzt, kann es grundsätzlich nicht in den VÖNIX aufgenommen werden: Rüstung, Nuklearenergie, Suchtmittel, Gentechnologie, Glücksspiel und Sonstige. Unter dem Punkt Sonstige werden Aktivitäten und Praktiken subsummiert, die stark negative ethische, soziale oder ökologische Effekte bzw. Risiken zeigen, bspw. schwere Verstöße gegen Menschenrechts- und Arbeitsstandards oder Rechtsnormen (z.B. Bilanzmanipulation) und ethische Grundsätze (z.B. Korruption).

Ob ein Unternehmen eine positive Nachhaltigkeitsleistung erbringt, wird mit Hilfe sog. Stakeholder- und Produktkriterien untersucht. Die Kriterien sind in eine Matrix mit vier Management-Ebenen und sechs Stakeholdergruppen eingeordnet. Zu den Stakeholdern gehören bspw. Mitarbeiter (feste, freie, und temporäre Mitarbeiter, Arbeitnehmervertretung, Management etc.) oder Investoren (Aktionäre, Fremdkapitalgeber wie Banken und Anleihebesitzer, Ratingagenturen, Kapitalmarktaufsichtsbehörden). Auch die Umwelt wird hier berücksichtigt: Tiere, Pflanzen, Ökosysteme, Wasser und Böden etc., bzw. mittelbar Umwelt-NGOs, Umweltbehörden

sowie die Öffentlichkeit generell. Positivkriterien und Beispiele finden sich in der folgenden Matrix.



Seit 21.6.2021 gilt die neue Indexzusammensetzung. Rund 50 Unternehmen wurden analysiert, 19 fanden Aufnahme in den VÖNIX 2021/2022, das sind:

AGRANA BETEILIGUNGS-AG	PALFINGER AG
AMAG AUSTRIA METALL AG	RAIFFEISEN BANK INTERNATIONAL AG
AT & S AUSTRIA TECH. & SYSTEMTECH.	ROSENBAUER INTERNATIONAL AG
BKS BANK AG	TELEKOM AUSTRIA AG
BURGENLAND HOLDING AG	UNIQA INSURANCE GROUP AG
CA IMMOBILIEN ANLAGEN AG	VERBUND AG
ERSTE GROUP BANK AG	VIENNA INSURANCE GROUP AG
EVN AG	WIENERBERGER AG
KAPSCH TRAFFICOM AG	ZUMTOBEL GROUP AG
LENZING AG	

Die Zusammensetzung des Index ist relativ stabil, durchschnittlich werden lediglich ein oder zwei Positionen jährlich ausgetauscht. Dennoch sind nur wenige Unternehmen (fast) während der gesamten Laufzeit im Index vertreten gewesen:

16 Jahre	ERSTE GRP BANK + EVN + LENZING + PALFINGER + ROSENBAUER + VERBUND + VIENNA INS GRP + WIENERBERGER
15 Jahre	RAIFFEISEN BK INTL + TELEKOM AUSTRIA
13 Jahre	ÖSTERR. POST

Seit Auflegung des Index im Juni 2005 erzielte der VÖNIX eine Performance von 42,0% und hat damit sein konventionelles Pendant, den ATX PRIME (+15,1%), deutlich übertroffen. Das 16. Indexjahr vom 19.6.2020 bis zum 18.6.2021 war das zweitbeste Jahr des Index. Er lag zwar in diesem Zeitraum von der Performance knapp hinter dem ATX PRIME, wies aber eine niedrigere Volatilität auf.

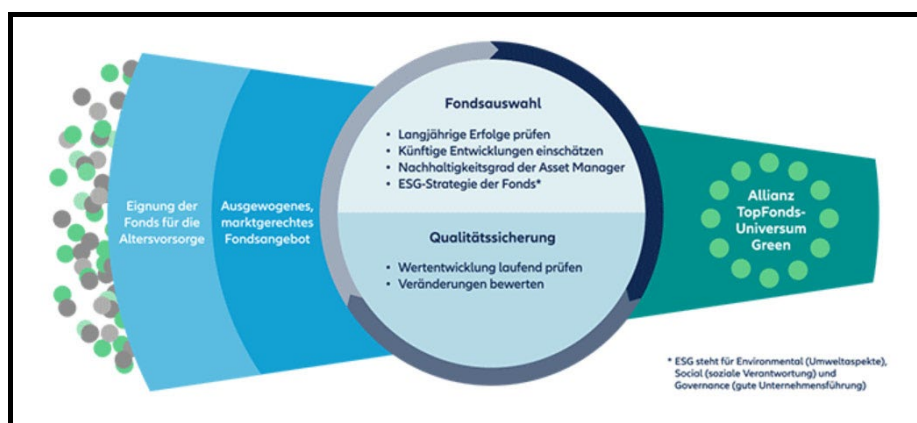
Catherine Cziharz, Geschäftsleitung rfu, kommentierte im Rahmen der monatlichen Kolumne GOING GREEN um Juli 2021: „Ethisches Handeln und Renditewunsch sind kein Widerspruch, im Gegenteil: Sie gehen Hand in Hand - sofern Nachhaltigkeit als langfristige Erfolgsorientierung verstanden wird.“

Allianz InvestFlex Green

Die Allianz Lebensversicherungs-AG hat im Juli eine neue Variante ihres fondsgebundenen Vorsorgekonzepts InvestFlex eingeführt. InvestFlex Green verbindet die nachhaltige Strategie, die die Allianz als Unternehmen und Investor seit Jahren verfolgt, mit einem ausschließlich nachhaltigen und qualitätsgeprüften Fondsangebot.

„Nachhaltigkeit ist schon lange ein wichtiges Thema für die Allianz als Unternehmen und zugleich zentrales Thema in der Gesellschaft“, betont Dr. Volker Priebe, Vorstand Produktentwicklung und Privatkunden bei der Allianz Leben. „Wir möchten daher unseren privaten und betrieblichen Vorsorgesparern mit der InvestFlex Green die Möglichkeit bieten, ganz bewusst mit nachhaltigen Fonds für ihre Zukunft vorzusorgen und die Renditechancen der Kapitalmärkte zu nutzen. Bei Wahl eines Garantieniveaus von 90, 80 oder 60 Prozent sorgt unser leistungsstarkes Sicherungsvermögen mit seiner nachhaltigen Kapitalanlagestrategie für Stabilität und Sicherheit in der Vorsorge. Wer vollständig auf die Chancen des nachhaltigen Fondsportfolios setzen will, kann sich auch für ein Garantieniveau von 0 Prozent entscheiden.“

Das Top-Fonds Universum Green der Allianz beinhaltet Mischfonds, aktiv gemanagte Einzelfonds und ETFs. Der Fondsauswahl- und Qualitätssicherungsprozess der Allianz sieht so aus:



Der digitale Fondsreport der Allianz erklärt auch, dass die Anlage in nachhaltigen Fonds keinesfalls mit schlechteren Renditen verbunden sein muss. Ein Vergleich der beiden europäischen Aktienindices MSCI Europe und MSCI Europe SRI in den letzten zehn Jahren zeige, dass in beiden Indices Renditechancen vorhanden waren. Eine Fokussierung auf Nachhaltigkeit in der Anlage könne darüber hinaus das Rendite-Risiko-Profil verbessern.

Für die Darstellung von Detailinformationen der Fonds arbeitet die Allianz mit Morningstar zusammen. Neben dem Morningstar Fondsrating erhält der Interessent auch die sog. Globen des Morningstar Sustainability Ratings als weitere Information.